

WP-04-511-2 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Anas Al-Quraan (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 511 bis 515:

~~Auf Bundesebene~~ Eingliederungshilfe ist kein Kostenfaktor, sondern ein Rechtsanspruch auf volle und gleichberechtigte Teilhabe. Damit die Kommunen diesen Anspruch verlässlich erfüllen können, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte Initiative zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe endlich umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser Entlastung; Die Transparenz über Leistungs-, Kosten- und Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter. damit Länder und Kommunen bei den steigenden Kosten nicht allein gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-, Kosten- und

Begründung

Der Entwurf behandelt die Eingliederungshilfe vor allem als Kostenproblem der Kommunen. Das sendet in Zeiten von Sparhaushalten ein falsches Signal an Menschen mit Behinderungen. Die Änderung stellt klar, dass es sich um einen Rechtsanspruch auf Teilhabe handelt, und behält die berechtigte Forderung nach einer besseren Finanzierung durch den Bund bei.

Unterstützer*innen

Nabiha Ghanem (KV Soest); Sina Wübbeling (KV Borken); Michaela Kusal (KV Bochum); Christine Namislo (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Pia Hölz (KV Düsseldorf); Daniela Welk (KV Düsseldorf); Uwe Zimmermann (KV Düsseldorf); Thomas Fritz (KV Düsseldorf); Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Mathias Keßler (KV Düsseldorf); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Yvonne Seiffert (KV Düsseldorf); Tobias van Ark (KV Düsseldorf); Jenny-Mai Guse (KV Düsseldorf); Anne Sommer (KV Düsseldorf); Janine Böhm (KV Düsseldorf); Paul Hendrik Hofmann (KV Düsseldorf); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf)